

NICHT OFFENER ARCHITEKTURWETTBEWERB MIT VORHERIGER BEKANNTMACHUNG



WIEN 10., „AM KEMPELENPARK“ PLANUNGSFELD P2



WETTBEWERBSBEDINGUNGEN TEILNAHMEANTRAG

Ausloberin:



STC Development GmbH
Würtzlerstraße 3/8
A-1030 Wien

Berater der Ausloberin/Anlaufstelle für das Verfahren:



DI Herbert Liske
Ingenieurkonsulent für Raumplanung und Raumordnung
Kaiser Franz Josef-Ring 6/4
A-2500 Baden

Bearbeiter:

DI Herbert Liske

Ing. Isabella Liske

Baden, Juni 2022

INHALTSVERZEICHNIS

A.	WETTBEWERBSBEDINGUNGEN	4
A.1.	Ausloberin.....	4
A.2.	Berater der Ausloberin und Anlaufstelle für das Verfahren.....	4
A.3.	Art des Verfahrens.....	4
A.4.	Beschreibung der Ausgangssituation.....	5
A.5.	Gegenstand des Verfahrens	6
A.5.1.	<i>Konkretisierung des Leistungsgegenstandes.....</i>	6
A.6.	Terminübersicht.....	6
A.7.	TeilnehmerInnen	7
A.7.1.	<i>BewerberInnengemeinschaft.....</i>	8
A.7.2.	<i>Ausschlussgründe</i>	8
A.8.	Absichtserklärung der Ausloberin	9
A.9.	Preisgericht.....	10
A.10.	Preisgelder/Aufwandsentschädigungen.....	10
A.11.	Vorinformation zum nachfolgenden Wettbewerb	11
A.12.	Rechtliche Grundlagen.....	12
A.13.	Sachliche und geistige Eigentumsrechte	13
A.14.	Datenschutz.....	13
A.15.	Widerrufvorbehalt	13
B.	TEILNEHMERINNENAUSWAHL	14
B.1.	Bewerbungsunterlagen	14
B.2.	Beurteilungsverfahren	14
B.2.1.	<i>Beurteilungskriterien.....</i>	14
B.2.2.	<i>Bewertungsmethode.....</i>	17
B.2.3.	<i>Auswahl</i>	19

BEILAGENVERZEICHNIS

TeilnehmerInnenantrag (pdf)

Planbeilage: Planungsfeld P2 (pdf)

A. WETTBEWERBSBEDINGUNGEN

A.1. Ausloberin



STC Development GmbH
Würtzlerstraße 3/8
A-1030 Wien

Ansprechpartner:

DI Stefan Jung
Telefon: 0664 - 523 61 00
e-mail: stefan.jung@stc-dev.com

A.2. Berater der Ausloberin und Anlaufstelle für das Verfahren



DI Herbert Liske
Ingenieurkonsulent für Raumplanung und Raumordnung
Kaiser Franz Josef-Ring 6/4
A-2500 Baden

Ansprechpartnerin:

Ing.ⁱⁿ Isabella Liske
Telefon: 02252 - 455 92
e-mail: wettbewerbe@liske.at

A.3. Art des Verfahrens

Das Verfahren wird als nicht offener Architekturwettbewerb mit vorheriger Bekanntmachung durchgeführt.

Im Zuge des vorgeschalteten Bewerbungsverfahrens werden anhand der in diesen Unterlagen definierten Kriterien vom Preisgericht **max. 5 BewerberInnen** für den Wettbewerb ausgewählt.

Die Abgabe und Durchführung des Verfahrens erfolgt hierbei **nonym**. Die zum Wettbewerb ausgewählten TeilnehmerInnen werden im Rahmen der Sitzung des Preisgerichts eingeladen, ihre Beiträge im Zuge eines Hearings zu präsentieren.

A.4. Beschreibung der Ausgangssituation

Das gegenständliche Wettbewerbsareal befindet sich im 10. Wiener Gemeindebezirk, wird im Wesentlichen von der Quellenstraße, der Kempelengasse bzw. der ÖBB-Trasse umschlossen und war ehemals Standort der Firma „Siemens“.



Quelle: nö atlas, eigene Darstellung

Seit dem Jahr 2014 wird das Areal zwischengenutzt, seit dem Jahr 2016 gibt es Bestrebungen für eine Nachnutzung des Areals, die 2018 zur Entwicklung eines städtebaulichen Konzeptes führten. Dieses wurde im Jahr 2019 veröffentlicht und in den folgenden Jahren weiterentwickelt, um so eine Grundlage für die Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes zu schaffen. Begleitend dazu erfolgten Dialog- und Informationsveranstaltungen, seit dem Frühjahr 2022 informiert eine Dauer- ausstellung im Projektgelände über den Umfang und den Status der Projektentwicklung. Die öffentliche Auflage des Entwurfes des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes erfolgte im Mai 2021, der Beschluss des städtebaulichen Vertrags und die Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sind für Juni 2022 vorgesehen.

A.5. Gegenstand des Verfahrens

Gegenstand des Wettbewerbes ist es nunmehr für einen Teilbereich des o.a. Areal, konkret für das Planungsfeld P2 (Baufeld B2 und B3 - siehe Planbeilage) ein detailliertes Realisierungskonzept hinsichtlich der Entwicklung eines Projektes mit überwiegender Wohnnutzung (rd. 15.100m² „Nutzfläche freifinanziertes Wohnen“ sowie rd. 2.100m² „Nutzfläche Gewerbe“) zu erstellen.

A.5.1. Konkretisierung des Leistungsgegenstandes

Die gegenständlichen Wettbewerbsbedingungen dienen insbesondere dazu, interessierten UnternehmerInnen eine Grundlage für eine Beurteilung dafür zu geben, ob der gegenständliche Wettbewerb für sie von Interesse ist. Eine detaillierte Ausschreibungsunterlage für das nachfolgende Wettbewerbsverfahren, wird ausschließlich den eingeladenen BewerberInnen übermittelt.

Die Ausloberin behält sich vor, im Zuge dieser Ausschreibungsunterlage Änderungen bzw. Anpassungen vorzunehmen. Der/die BewerberIn ist verpflichtet, diese Änderungen bzw. Anpassungen zu akzeptieren.

A.6. Terminübersicht

Beginn der Bewerbungsfrist	09. Juni 2022
Ende der Bewerbungsfrist	29. Juni 2022
Konstituierende Sitzung des Preisgerichtes sowie Auswahl und Verständigung der ausgewählten BewerberInnen	13. Juli 2022
Ausgabe der Wettbewerbsunterlagen	18. Juli 2022
Schriftliche Anfragen bis	01. August 2022
Schriftliche Beantwortung der Fragen bis	08. August 2022
Abgabe der Beiträge und Abholung der Einsatzplatten bis	26. September 2022
Abgabe des Einsatzmodells bis	18. Oktober 2022
Sitzung des Preisgerichts	25. Oktober 2022

A.7. TeilnehmerInnen

Im Sinne der Aufgabenstellung sind am gegenständlichen Verfahren teilnahmeberechtigt:

- a) Österreichische ArchitektInnen, IngenieurkonsulentInnen für Bauwesen und ZivilingenieurInnen bzw. ZT-Gesellschaften mit aufrechter Befugnis gemäß Ziviltechnikergesetz in der geltenden Fassung.
- b) Natürliche Personen, die eine Planungsberechtigung zur selbständigen Planung des Wettbewerbsgegenstandes in Österreich besitzen.
- c) Juristische Personen, die die Kriterien des Punktes a) - b) erfüllen, sofern deren satzungsgemäßer Gesellschaftszweck auf Planungsleistungen ausgerichtet ist und der Planungsaufgabe entspricht sowie eine der vertretungsbefugten GeschäftsführerIn und der VerfasserIn der Planungsarbeit die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllt.

Die BewerberInnen verpflichten sich im Falle einer Auswahl, am Wettbewerbsverfahren teilzunehmen sowie der Aufforderung zur Abgabe von Beiträgen Folge zu leisten und zu bestätigen, dass die erforderliche personelle und technische Kapazität für die Abwicklung der Planungsleistung vor Ort verfügbar ist.

Eine über die genannten Fachgebiete hinausgehende interdisziplinäre Bearbeitung der Wettbewerbsaufgabe ist zulässig. Dafür können BewerberInnen bzw. BewerberInnengemeinschaften nach deren Ermessen zusätzlich Sonderfachleute beiziehen. Diese müssen im VerfasserInnenbrief genannt werden und werden im Protokoll des Preisgerichts, in den Verlautbarungen zum Wettbewerbsergebnis sowie bei sämtlichen Veröffentlichungen der Projekte angeführt. Sonderfachleuten ist eine Mehrfachteilnahme möglich, es sei denn, sie treten bereits im Rahmen einer BewerberInnengemeinschaft auf.

Das Vorliegen der Eignung von BewerberInnen oder BewerberInnen-gemeinschaften ist im Teilnahmeantrag (siehe Beilage) eidesstattlich zu erklären.

Das Beiziehen von Subunternehmen zur Erfüllung der TeilnehmerInnen-berechtigung ist hierbei ausgeschlossen.

A.7.1. BewerberInnengemeinschaft

Der/die bevollmächtigte VertreterIn ist insbesondere berechtigt, für die BewerberInnengemeinschaft rechtsverbindliche Erklärungen abzugeben und mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen sowie Mitteilungen und Post zu empfangen.

BewerberInnengemeinschaften geben mit der Unterfertigung die Erklärung ab, dass sie im Auftragsfall die Leistung als Arbeitsgemeinschaft erbringen werden und die Leistungserbringung der Auftraggeberin solidarisch schulden.

Hinsichtlich weiterer Bewerbungsvoraussetzungen für BewerberInnen-gemeinschaften gelten dieselben Bedingungen wie für eine einzelne Bewerbung.

Den einzelnen TeilnehmerInnen ist es untersagt, sich an mehreren BewerberInnengemeinschaften zu beteiligen oder sich parallel als EinzelbewerberIn und gleichzeitig als Mitglied einer BewerberInnengemeinschaft am Verfahren zu beteiligen, sofern die TeilnehmerIn nicht nachweisen kann, dass eine Gefahr einer Beeinträchtigung des Wettbewerbs nicht besteht. Diese Bestimmung gilt auch für verbundene Unternehmen.

Die Zusammensetzung genannter BewerberInnengemeinschaften darf nach Abgabe der Beiträge nicht mehr abgeändert werden.

BewerberInnengemeinschaften als Zusammenschluss von in vorgenanntem Sinne BewerberInnen müssen eine/n bevollmächtigte/n VertreterIn unter Angabe seiner/ihrer Adresse (inkl. e-mail-Anschrift) namhaft machen.

A.7.2. Ausschlussgründe

Von der Teilnahme am Wettbewerb sind ausgeschlossen:

- a) Personen oder Unternehmen, die an der Erarbeitung der Wettbewerbsunterlagen unmittelbar oder mittelbar beteiligt waren, soweit durch ihre Teilnahme ein fairer und lauterer Wettbewerb ausgeschlossen wäre;
- b) Personen oder Unternehmen, die an der Erstellung von Vorprojekten für den Wettbewerb mitgewirkt haben, sofern der in der Vorarbeit wurzelnde Wissensvorsprung gegenüber den WettbewerbsteilnehmerInnen nicht durch das nachweisliche Zugänglichmachen der Informationen, insbesondere durch die Veröffentlichung allfälliger Vorprojekte, egalisiert wird;

- c) die VorprüferInnen, Preis- und ErsatzpreisrichterInnen sowie
1. deren nahe Angehörige (als solche gelten: Ehegatten, eingetragene PartnerInnen, Verwandte oder Verschwägte in gerader Linie, in der Seitenlinie bis zum vierten Grad Verwandte oder im zweiten Grad Verschwägte, Stief-, Wahl- und Pflegeeltern, Stief-, Wahl- und Pflegekinder sowie Mündel und Pflegebefohlene);
 2. deren TeilhaberInnen an aufrechten ZiviltechnikerInnengesellschaften (Büro- oder Arbeitsgemeinschaften, wobei Arbeitsgemeinschaften nur so lange als aufrechte ZiviltechnikerInnengesellschaften gelten, als Projekte gemeinsam bearbeitet werden);
- d) Personen, die zu einem Mitglied des Preisgerichts in einem direkten berufsrechtlichen Abhängigkeitsverhältnis stehen (z. B. Angestellte bei UniversitätsprofessorInnen, die Angehörigen der von diesen geleiteten Abteilungen oder Arbeitsgruppen) bzw. Personen, zu denen ein Mitglied des Preisgerichts in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis steht;
- e) Personen, die den Versuch unternehmen, ein Mitglied des Preisgerichts in seiner Entscheidung als PreisrichterIn zu beeinflussen.
- f) Ausschließungsgründe, die erst während des Wettbewerbs entstehen, sind jenen gleichzusetzen, die von Anfang an bestanden haben;
- g) Ausschließungsgründe werden für TeilnehmerInnen auch dann wirksam, wenn sie sich auf am Wettbewerb mitwirkende MitarbeiterInnen der Teilnahmeberechtigten beziehen;

A.8. Absichtserklärung der Ausloberin

Die Ausloberin beabsichtigt nach Abschluss des Wettbewerbs, die Planungsfelder in Bauplätze zu unterteilen und unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Preisgerichts die nachfolgenden Leistungsphasen gemäß LM.OA 2014 (Objektplanung (Architekturplanung)) für den jeweiligen Bauplatz an die GewinnerIn zu beauftragen:

- LPH 2 Vorentwurf
- LPH 3 Entwurf
- LPH 4 Einreichplanung
- LPH 5 Ausführungsplanung (optional)
- LPH 6 Ausschreibung (LVs) (optional)
- LPH 7 Begleitung der Bauausführung

Grundlage hierfür ist der im Zuge der zweiten Stufe des Wettbewerbs seitens der Ausloberin zur Verfügung gestellte Werkvertrag. Die Vergütung erfolgt gemäß LM.VM 2014 mit einem ortsüblichen Abschlag.

Die Ausloberin behält sich das Recht vor, den Planungsauftrag der GewinnerIn an einen externen Generalplaner zu übertragen.

Die Ausloberin behält sich das Recht vor, allfällige aus städtebaulichen, behördlichen, sachlichen oder wirtschaftlichen Rücksichten erforderliche Änderungen im Zuge der Auftragserteilung oder der weiteren Bearbeitung zu verlangen. Dabei sollen jedoch die durch das Preisgericht festgestellten Qualitäten des Projektes erhalten bleiben.

Nimmt die Ausloberin von der Realisierung des Projektes nach Abschluss des Wettbewerbs Abstand, so sind alle Ansprüche der TeilnehmerInnen welcher Art auch immer durch das Preisgeld bzw. die Aufwandsentschädigung vollständig abgedeckt.

A.9. Preisgericht

Das Preisgericht setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Arch.ⁱⁿ DIⁱⁿ Elke **DELUGAN-MEISSL** (Ersatz: DI Dietmar **FEISTEL**)

Prof. DI Rudolf **SCHEUVENS** (Ersatz: DIⁱⁿ Daniela **ALLMEIER**)

DI Dr. Bernhard **STEGE**R (Ersatz: DI Hans Peter **GRANER**)

Arch. Mag.arch. Norbert **THALER** (Ersatz: Arch. Mark **GILBERT**)

BR DI Norbert **POKORNY** (Ersatz: Ing. Gerhard **BLÖSCHL**)

DI Matthias **WAIBEL**, MBA (Ersatz: DI Stefan **JUNG**, MBA)

Bauherrenvertretung noch in Abstimmung

Beratendes Mitglied des Preisgerichtes ohne Stimmberechtigung:

DIⁱⁿ Isolde **RAJEK** (Ersatz: DI Oliver **BAROSCH**)

Der/die Vorsitzende, der/die stellvertretende Vorsitzende und der/die SchriftführerIn werden im Zuge der konstituierenden Sitzung des Preisgerichtes am **13. Juli 2022** gewählt. Die Ausloberin behält sich eine Änderung in der Zusammensetzung des Preisgerichts vor.

A.10. Preisgelder/Aufwandsentschädigungen

Für die Teilnahme am Bewerbungsverfahren erhalten die BewerberInnen keine Unkostenbeiträge.

Für das eigentliche Wettbewerbsverfahren beabsichtigt die Ausloberin den drei erstgereihten TeilnehmerInnen ein Preisgeld in nachfolgend angeführter Höhe auszubezahlen:

1. Preis **€ 24.000,- netto**
2. Preis **€ 10.000,- netto**
3. Preis **€ 6.000,- netto**

Das Preisgericht behält sich hierbei vor, nach einstimmigem Beschluss von der vorgesehenen Verteilung der Preisgelder abzuweichen.

Unabhängig vom Erhalt eines Preisgeldes werden den zum Wettbewerb eingeladenen BewerberInnen (bzw. BewerberInnengemeinschaften) für den geschätzten Arbeitsaufwand pauschalierte Aufwandsentschädigungen in der Höhe von je **€ 4.000,- netto** vergütet.

Für den/die mit weiterführenden Planungsleistungen beauftragte/n BewerberIn ist das erhaltene Preisgeld jedenfalls Teil des Honorars für diese Planungsleistungen.

Die BewerberInnen (bzw. BewerberInnengemeinschaften) sind berechtigt, im Zuge der Wettbewerbsbearbeitung Fachleute anderer Fachrichtungen als Sonderfachleute bei der Bearbeitung der Aufgabenstellung heranzuziehen. Für die Beiziehung solcher Sonderfachleute erfolgt keine gesonderte Honorierung.

Die Preisgelder und Aufwandsentschädigungen werden – unbeschadet etwaiger Vereinbarungen zwischen den TeilnehmerInnen am Wettbewerb und Dritten – ausschließlich an die ausgewählten BewerberInnen bzw. BewerberInnengemeinschaften – gegen entsprechende Rechnungslegung – ausbezahlt. Ferner werden die Aufwandsentschädigungen nur an jene BewerberInnen (bzw. BewerberInnengemeinschaften) ausbezahlt, deren Wettbewerbsbeiträge die geforderten Leistungen gemäß der Ausschreibung für den Wettbewerb zeitgerecht und inhaltlich entsprechend zu den genannten Terminen (bzw. unter Wahrung einer allfällig eingeräumten Nachfrist) erbringen.

A.11. Vorinformation zum nachfolgenden Wettbewerb

Die Ausschreibungsunterlagen für den nachfolgenden Wettbewerb werden ausschließlich den ausgewählten BewerberInnen zugesandt.

Die eingereichten Wettbewerbsbeiträge werden hierbei vom Preisgericht nach folgenden Kriterien beurteilt, wobei deren Reihung keine Gewichtung vorwegnimmt:

- Städtebauliche Lösung insb. in der Auseinandersetzung mit den bestehenden umgebenden Bebauungen bzw. Grün- und öffentlichen Räumen
- Gestalterische Qualität der Baukörper und Architektursprache
- Nutzungsqualität der Wohnungen
- Einhaltung der Vorgaben des Raum- und Nutzungsprogrammes bzw. des Qualitätskataloges
- Gestalt- und Nutzungsqualität der Frei- und Grünräume
- Lösung der Verkehrserschließung, vor allem in Hinblick auf den ruhenden Verkehr
- Bauökologische Lösung und Nachhaltigkeit/Klimaresilienz
- Wirtschaftlichkeit der Planungen sowohl in der Errichtung als auch in den Folgekosten/Flächeneffizienz

A.12. Rechtliche Grundlagen

Als Rechtsgrundlagen des Verfahrens gelten die Wettbewerbsunterlagen in der vorliegenden Fassung sowie allfällige schriftliche Fragebeantwortungen.

Mit der Abgabe des Verfahrensbeitrages nimmt jede TeilnehmerIn sämtliche in den Wettbewerbsunterlagen enthaltenen Bedingungen in der vorliegenden Fassung an. Allfällige von den TeilnehmerInnen abgegebene Vorbehalte sind unwirksam.

Die TeilnehmerIn ist bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse des Verfahrens zur Geheimhaltung auch des eigenen Projektes verpflichtet und nimmt ausdrücklich zur Kenntnis, dass die Entscheidungen des Preisgerichtes in allen Fach- und Ermessensfragen endgültig und unanfechtbar sind.

Die Beiträge sind unter Berücksichtigung und Einhaltung sämtlicher einschlägiger gesetzlicher und behördlicher Bestimmungen (insbesondere, aber nicht ausschließlich, der Wiener Bauordnung samt den im Zusammenhang stehenden Nebengesetzen und Verordnungen) sowie sämtlicher für das Projekt maßgeblicher technischer Normen und Richtlinien (z.B. ÖNORMEN, OIB-RL) zu erstellen.

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Alle Beschreibungen sowie Bemaßungen der Pläne werden in deutscher Sprache und in metrischen Maßeinheiten gefordert.

Als Gerichtsstand gilt das sachlich dafür zuständige Gericht.

A.13. Sachliche und geistige Eigentumsrechte

Mit der Abgabe geht das sachliche Eigentumsrecht an den eingereichten Unterlagen in das Eigentum der Ausloberin über das geistige Eigentum bleibt bei der TeilnehmerIn. Das ausschließliche Werknutzungsrecht der Beiträge erhält die Ausloberin nur nach Auszahlung der Preisgelder/Aufwandsentschädigung. Die TeilnehmerInnen halten die Ausloberin hinsichtlich sämtlicher Ansprüche Dritter im Zusammenhang mit dem von ihnen eingereichten Beiträgen, insbesondere für den Fall behaupteter Eingriffe in fremde Rechte am geistigen Eigentum, schad- und klaglos.

Das Recht der VerfasserIn auf Urheberbezeichnung, Ausstellung und Veröffentlichung ihres Beitrages bleibt dadurch unberührt und steht der VerfasserIn (vorbehaltlich der Verschwiegenheitsverpflichtung bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse des Verfahrens) uneingeschränkt zu.

A.14. Datenschutz

Es wird darauf hingewiesen, dass mit der Einreichung eines Beitrages durch die TeilnehmerIn personenbezogene Daten zur Verfügung gestellt werden.

Die Ausloberin als auch die BeraterInnen der Ausloberin werden diese Daten nur zur ordnungsgemäßen Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbes sowie zur Wahrung gesetzlicher Melde- und Aufbewahrungsfristen verwenden.

Weitere Details und Informationen können auf der Homepage der Beraterin der Ausloberin eingesehen werden.

A.15. Widerrufvorbehalt

Die Ausloberin behält sich vor, die Ausschreibung bei Vorliegen gesetzlicher Gründe zu widerrufen. Weiters behält sich die Ausloberin vor, bei einer wesentlichen Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von einer Vergabe der Leistungen Abstand zu nehmen.

Diese Bestimmung berührt nicht das Recht der Ausloberin, die Ausschreibung allenfalls aus anderen Gründen zu widerrufen. Allfällige Ansprüche der BewerberInnen infolge eines Widerrufs, aus welchem Titel auch immer, sind ausgeschlossen.

B. TEILNEHMERINNENAUSWAHL

B.1. Bewerbungsunterlagen

Die Bewerbungsunterlagen der potentiellen TeilnehmerInnen am Wettbewerb bestehend aus dem rechtsgültig unterfertigten Teilnahmeantrag sowie den geforderten Nachweisen der Eignung (siehe „Eignungskriterien“) und den geforderten Referenzen (siehe „Auswahlkriterien“) müssen bis **29. Juni 2022, 16.00 Uhr** in einem verschlossenen Kuvert mit der Aufschrift:

Bewerbung zum Architekturwettbewerb

**„Am Kempelenpark, 1100 Wien“
Planungsfeld P2**

in der Anlaufstelle für das Wettbewerbsverfahren

ZT-Büro DI Herbert Liske -

Ingenieurkonsulent für Raumplanung und Raumordnung

Kaiser Franz Josef-Ring 6/4

2500 Baden

einlangen.

Es werden ausschließlich vollständige und mit allen geforderten Nachweisen versehene Teilnahmeanträge bewertet. Verspätet eingereichte Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt.

Der/die BewerberIn haftet für die Vollständigkeit und Richtigkeit aller in den Teilnahmeanträgen gemachten Angaben. Fehlende Angaben werden nicht gewertet. Falsche Angaben führen zum sofortigen und unwiderruflichen Ausschluss von der Teilnahme.

B.2. Beurteilungsverfahren

Für die Auswahl jener geeigneten BewerberInnen, die zum Wettbewerb eingeladen werden, wird nachfolgendes Beurteilungsverfahren angewandt:

B.2.1. Beurteilungskriterien

B.2.1.1. Eignungskriterien

- Die Erfüllung der u.a. Eignungskriterien muss bereits zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbung für den/die BewerberIn (bei BewerberInnen-gemeinschaften für jedes Mitglied) vorliegen und ist durch die entsprechenden Nachweis zu belegen.

- Alternativ dazu kann die BewerberIn bzw. bei BewerberInnengemeinschaften für jedes Mitglied eine Eigenerklärung über das Vorliegen seiner beruflichen Zuverlässigkeit abgeben (Formblatt Eigenerklärung). In diesem Fall hat die BewerberIn die genannten Nachweise für das Vorliegen der Eignungskriterien auf Aufforderung innerhalb von drei Werktagen dem Verfahrensbüro zu übermitteln.

Es wird daher geraten, die genannten Nachweise bereits gemeinsam mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Folgende Nachweise sind beizulegen bzw. zu erbringen:

■ Nachweis der Teilnahmeberechtigung (Befugnis)

- Aktuelle Abschrift des einschlägigen Berufs- oder Handelsregisters oder des Firmenbuches. Für TeilnehmerInnen, die zur Mitgliedschaft in einer beruflichen Interessensvereinigung verpflichtet sind, genügt eine Bestätigung der Interessensvereinigung über den Bestand der Mitgliedschaft.

Die geforderten Nachweise dürfen nicht älter als sechs Monate sein.

■ Nachweis der beruflichen Zuverlässigkeit

- Erklärung des/der Bewerbers/BerwerberIn, dass gegen ihn/sie ein Insolvenzverfahren weder bevorsteht, anhängig ist noch abgeschlossen wurde (siehe Teilnahmeantrag).
- Erklärung des/der Bewerbers/BerwerberIn, dass seine/ihre berufliche Zuverlässigkeit weder durch gerichtliche noch durch verwaltungsrechtliche Urteile oder laufende, aber noch nicht abgeschlossene, Gerichts- oder Verwaltungsverfahren wegen schwerer beruflicher Verfehlungen beeinträchtigt ist (siehe Teilnahmeantrag).

■ Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

- Letztgültige Lastschrift des zuständigen Finanzamtes (nicht älter als 6 Monate!).
- Letztgültiger Kontoauszug der zuständigen Sozialversicherung (nicht älter als 6 Monate!).
- Angaben über die Anzahl der beschäftigten DienstnehmerInnen (SV-Auszug)
- Der/die ProjektleiterIn und der/die ProjektleiterstellvertreterIn haben eine Berufserfahrung in der Planung von zumindest 3 Jahren nach-

zuweisen. Der Nachweis kann auch als BewerberInnengemeinschaft erbracht werden

- Angaben über den Gesamtumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren (2019 – 2021)
- Vorlage einer entsprechenden Versicherungsbestätigung einer aufrechten Berufshaftpflichtversicherung. Die Versicherungsbestätigung hat den Namen des Versicherungsunternehmens sowie die Deckungssummen für Personenschäden und sonstige Schäden zu enthalten.

■ Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit

- Referenzliste mit einer Auswahl der in den letzten fünf Jahren erbrachten Leistungen mit Angabe des Ortes, der Zeit und des Wertes der Leistungserfüllung sowie des Auftraggebers. Sofern davon Leistungen in Arbeitsgemeinschaften erbracht wurden, ist der Anteil des Unternehmers an der Leistungserbringung anzugeben. (siehe auch Teilnahmeantrag)

Die BewerberInnen können die geforderten Nachweise durch eine entsprechende Eintragung im Auftragnehmerkataster Österreich (ANKÖ) ersetzen, wobei in diesem Fall das vollständige Datenblatt aus dem ANKÖ vorzulegen ist. Soweit jedoch im ANKÖ die diesbezüglichen Angaben fehlen bzw. entsprechende Angaben nicht gemacht wurden, sind diese Unterlagen gesondert vorzulegen.

B.2.1.2. Auswahlkriterien:

Aus den die obigen Bedingungen erfüllenden Bewerbungen wählt das Preisgericht aufgrund vorzulegender unten angeführter Referenzen die geeigneten BewerberInnen für den Wettbewerb aus.

BewerberInnen können für die Bewertung anhand der Auswahlreferenzen maximal zwei Auswahlreferenzprojekte namhaft machen. Die Auswahlreferenzen müssen innerhalb des genannten Referenzzeitraumes in den letzten fünf Jahren erbracht worden sein.

Die Doppelnennung von Referenzprojekten als Eignungs- und Auswahlreferenzen ist dabei zulässig.

Auswahlreferenzprojekte müssen jedenfalls folgende Mindestanforderungen erfüllen:

- Abgeschlossenes Hochbauprojekt (d.h. das Projekt wurde innerhalb des Referenzzeitraumes vom Bauherrn übernommen)

- Erbringung von Leistungen der Architekturplanung über alle Leistungsphasen (Vorentwurf, Entwurf, Einreichung, Ausführungsplanung);
- Bruttogeschossfläche (über Niveau) von **mind. 12.000m² für ein Referenzprojekt, für das zweite Referenzprojekt** Bruttogeschossfläche (über Niveau) von **mind. 6.000m²**
- Einstufung der Hochbauprojekte:
 - A) Wohnungsbauten und Wohnheime
 - B) Bürogebäude oder Verwaltungsgebäude
 - C) Sonstige Hochbauprojekte

Die Referenzen sind insgesamt auf **max. 6 Blätter in DIN A3-Format** jeweils mit Beschreibungen und Fotodokumentationen aus denen die Bewältigung der Aufgabenstellung nachvollziehbar dargestellt ist, beizubringen.

Ein Referenzprojekt wird nur dann bewertet, wenn die BewerberIn (bzw. das betreffende Mitglied der BewerberInnengemeinschaft) selbst AuftragnehmerIn des Referenzprojektes oder Mitglied der mit dem Referenzprojekt beauftragten Arbeitsgemeinschaft ("ARGE") war.

Subunternehmerreferenzen (Referenzen, bei denen die UnternehmerIn lediglich als SubunternehmerIn tätig wurde) werden nicht anerkannt.

Auswahlreferenzen, die die Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden nicht bewertet und erhalten daher keine Punkte.

B.2.2. Bewertungsmethode

Die Bewertung der oben angeführten Auswahlkriterien erfolgt nach folgenden Kriterien.

B.2.2.1. Basispunkte

- Einstufung der Hochbauprojekte

	Klasse A	Klasse B	Klasse C
Basispunkte	10	3	1

Pro Referenz können sohin bei der Bewertung anhand der Einstufung der Hochbauprojekte maximal 10 Punkte erreicht werden.

■ Bruttogeschossfläche (über Niveau)

• **Bruttogeschossfläche (über Niveau) Referenzprojekt 1**

	BGF = 12.000m²	BGF ≥ 20.000m²
Basispunkte	1	5

Auswahlreferenzprojekte mit einer Bruttogeschossfläche (über Niveau) von 12.000m² erhalten somit 1 Punkt, Auswahlreferenzprojekte mit einer Bruttogeschossfläche (über Niveau) von mehr als 20.000m² 5 Punkte. Bei einer Bruttogeschossfläche (über Niveau) zwischen 12.000m² und 20.000m² wird interpoliert und kaufmännisch auf 2 Nachkommastellen gerundet.

• **Bruttogeschossfläche (über Niveau) Referenzprojekt 2**

	BGF = 6.000m²	BGF ≥ 12.000m²
Basispunkte	1	5

Auswahlreferenzprojekte mit einer Bruttogeschossfläche (über Niveau) von 6.000m² erhalten somit 1 Punkt, Auswahlreferenzprojekte mit einer Bruttogeschossfläche (über Niveau) von mehr als 12.000m² 5 Punkte. Bei einer Bruttogeschossfläche (über Niveau) zwischen 6.000m² und 12.000m² wird interpoliert und kaufmännisch auf 2 Nachkommastellen gerundet.

Pro Referenz können sohin bei der Bewertung anhand der Bruttogeschossfläche maximal 5 Punkte erreicht werden.

B.2.2.2. Qualitätspunkte

Zusätzlich zu unter Punkt B.2.2.1. angeführten Basispunkten werden durch das Preisgericht im Rahmen der Auswahlitzung Qualitätspunkte vergeben.

Das Preisgericht bewertet die eingereichten Referenzprojekte hinsichtlich der Relevanz für die Aufgabenstellung nach den folgenden Qualitätsmerkmalen, wobei je Merkmal max. 10 Punkte, zumindest jedoch 1 Punkt vergeben werden.

- Qualität und Konzeption der architektonischen Entwurfsidee
- Innovative technische und ökologische Lösungsansätze

Pro Referenz können sohin bei der Bewertung durch das Preisgericht maximal 20 Punkte erreicht werden.

B.2.2.3. Gesamt

Die derart für maximal zwei Auswahlreferenzen ermittelten Auswahlpunkte werden addiert und die so ermittelte Punktezahl der Auswahlbewertung anhand der Auswahlreferenzen zugrunde gelegt.

B.2.3. Auswahl

Ausgehend von den Ergebnissen des Beurteilungsverfahrens schlägt das Preisgericht der Ausloberin maximal 5 BewerberInnen mit der höchsten Punkteanzahl als TeilnehmerInnen für das Wettbewerbsverfahren vor.

Sollten BewerberInnen bis zur Ausgabe der Wettbewerbsunterlagen – aus welchen Gründen immer – aus dem Kreis der vorgeschlagenen BewerberInnen ausscheiden, rückt eine dementsprechende Anzahl von nächstgereihten BewerberInnen in den Kreis der besten BewerberInnen nach.